Bundesamt
für Logistik
und Mobilität

Absendende Person:

Gz.: 8521.5. #XXX

bzw.

Antrags-ID:

A A S

Bundesamt für Logistik und Mobilität
- nur elektronische Übermittlung über das eService-Portal -

Staatliche Zuwendung auf Grundlage der Richtlinie über die Ausrüstung von Kraftfahrzeugen mit Abbiegeassistenzsystemen (AAS)

Änderungsmitteilung

gemäß Nr. 5 der Allgemeinen Nebenbestimmungen zur Projektförderung (ANBest-P) und Nr. 5 der Allgemeinen Nebenbestimmungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften (ANBest-GK)

1. Antragsrücknahme bzw. (teilweiser) Verzicht auf Auszahlung einer Zuwendung

Ich nehme den Antrag vom _____ (TT.MM.JJJJ),

☐ vollständig zurück.

☐ teilweise hinsichtlich _____ von bisher _____ Abbiegeassistenzsystemen zurück.

2. Nichteinhaltung der Zweckbindungsfrist

☐ Die Zweckbindungsfrist von 2 Jahren für das/die nachfolgend genannte(n) Abbiegeassistenzsystem(e) kann nicht eingehalten werden.

Geben Sie Näheres zum Grund für die Nichteinhaltung der Zweckbindungsfrist an, jeweils unter Nennung der lfd. Nr. lt. Verwendungsnachweis.

lfd. Nr. lt. Verwendungs-nachweis	Zeitpunkt der Nichteinhaltung der Zweckbindungsfrist	Grund für Nichteinhaltung der Zweckbindungsfrist
		Bitte auswählen
		Bitte auswählen
		Bitte auswählen
		Bitte auswählen
		Bitte auswählen

3. Änderung der zuwendungsempfangenden Person betreffenden Angaben*

*Mehrfachnennung möglich

Änderung von:	Alt:	Neu:
☐ Name	ggf. Registergericht/Registernummer /	ggf. Registergericht/Registernummer /
☐ Rechtsform		
☐ Anschrift		
☐ Bankverbindung		
Zum _____ (TT.MM.JJJJ – Datum der rechtsgültigen Änderung)		

4. Wechsel der Rechtsperson der zuwendungsempfangenen Person**

**lediglich eine Ankreuzung möglich

durch:	Alt:	Neu:
☐ Fusion	ggf. Registergericht/Registernummer /	ggf. Registergericht/Registernummer /
☐ Abspaltung		
☐ Übernahme		
Zum _____ (TT.MM.JJJJ – Datum der rechtsgültigen Änderung)		

5. Antrag auf Verlängerung des Bewilligungszeitraums

☐ Die mit Zuwendungsbescheid bewilligte Frist zur Durchführung der Maßnahme/n kann aus Gründen, die nicht in den Verantwortungsbereich der antragstellenden Person fallen, nicht eingehalten werden.

Folgende Unterlagen zur Glaubhaftmachung der Gründe sind dieser Änderungsmitteilung beigefügt:

Ich/Wir beantrage/n, die Frist bis zum _____ (TT.MM.JJJJ) zu verlängern.

6. Sonstiges (z. B. Eröffnung eines Insolvenzverfahrens)

7. Erklärungen

Mir/Uns ist bekannt, dass

- Zuwendungen, deren Bewilligung aufgrund falscher oder unvollständiger Angaben durch die zuwendungsempfangende Person oder wegen Nichtbeachtung der geltenden Richtlinien und Bestimmungen des Zuwendungsbescheides erlangt wurden, entsprechend den einschlägigen Vorschriften zuzüglich Zinsen zurückzuzahlen sind.
- die beantragte und bewilligte Zuwendung eine Subvention im Sinne des § 263 Strafgesetzbuch (StGB) darstellt und dass ein Subventionsbetrug strafbar ist. Die einzelnen Regelungen des § 264 StGB sowie der §§ 3, 4 Subventionsgesetz (SubVG) sind mir/uns bekannt.
  Die subventionsrechtlichen Tatsachen, hinsichtlich derer unrichtige oder unvollständige Angaben eine Strafbarkeit wegen Subventionsbetruges nach sich ziehen können, sind:
  - Tatsachen, die für die Bewilligung und Gewährung einer Zuwendung maßgeblich sind,
  - Tatsachen, die für die Weitergewährung, das Belassen oder die Rückforderung der Zuwendung von Bedeutung sind,
  - Angaben im Antrag und Verwendungsnachweis, insbesondere diejenigen, die die zweckentsprechende Verwendung der Zuwendung betreffen.
- ich/wir verpflichtet bin/sind, unverzüglich alle Änderungen der vorgenannten subventionserheblichen Tatsachen gegenüber dem Bundesamt mitzuteilen. Ferner ist mir/uns bekannt, dass gemäß § 4 Abs. 1 SubvG im Falle von Scheingeschäften oder Scheinhandlungen der verdeckte Sachverhalt maßgeblich ist.

Die in dieser Änderungsmitteilung einschließlich der jeweiligen Anlagen enthaltenen Daten verarbeitet das Bundesamt für Logistik und Mobilität nur zur Bearbeitung Ihres Antrags/Verwendungsnachweises und zur Erstellung anonymisierter Statistiken. Die Bearbeitung und die Entscheidung über Ihre Änderungsmitteilung erfolgt nicht ausschließlich automatisiert und unter anderem auf Grundlage von Nr. 7.1 der Richtlinie Abbiegeassistenzsysteme. Zugriff auf Ihre Daten haben ausschließlich die für die Bearbeitung Ihrer Anträge zuständigen Beschäftigten und der Bundesrechnungshof. Ihre Daten werden gelöscht, sobald die maßgeblichen haushaltsrechtlichen Aufbewahrungsfristen abgelaufen sind.
Mit Ihrer Unterschrift auf dieser Änderungsmitteilung willigen Sie ein, dass das Bundesamt für Logistik und Mobilität Ihre darin enthaltenen personenbezogenen Daten verarbeitet, soweit dies zum Zweck der Antrags-/Verwendungsnachweisbearbeitung erforderlich ist. Sie können diese Einwilligung für die Zukunft gegenüber der verantwortlichen Stelle widerrufen. In diesem Fall ist dem Bundesamt für Logistik und Mobilität allerdings eine Weiterbearbeitung Ihres Antrags/Verwendungsnachweises oder dieser Änderungsmitteilung nicht mehr möglich. Bei Fragen speziell zum Datenschutz einschließlich Ihrer Rechte als betroffene Person können Sie über folgende E-Mail-Adresse Kontakt mit uns aufnehmen: mailto:datenschutz@balm.bund.de. Detailliertere Informationen hierzu finden Sie auch auf der Internetseite des Bundesamtes für Logistik und Mobilität www.balm.bund.de.

Ich/Wir erkläre/n, dass alle in diesem Formular gemachten Angaben vollständig und richtig sind und durch geeignete Unterlagen belegt werden können.

Ort, Datum	Unterschrift der zuwendungsempfangenden Person oder der gesetzlichen Vertretung oder der bevollmächtigten Person (und ggf. Firmenstempel)